

Die US-Präsidentschaftswahlen vom November 2000

Stephan Bierling

Seit vielen Jahrzehnten gab es keine Wahlsaison in den USA, in der die wichtigsten Entscheidungen so offen waren wie im Herbst 2000: Nicht nur lagen die beiden Präsidentschaftskandidaten in den Umfragen bis zum Wahltag gleich auf, auch die Frage, wer die beiden Kammern des Kongresses kontrollieren würde, war bis zuletzt unklar. Selbst bei der knappsten Präsidentschaftswahl seit dem 2. Weltkrieg zwischen Richard Nixon und John F. Kennedy 1960 war nur das Weiße Haus, nicht die Herrschaft im Parlament umkämpft. Das Wahlergebnis vom 7. November spiegelt dieses Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen Parteien: Senat und Repräsentantenhaus werden künftig mit den geringsten Mehrheiten seit Jahrzehnten regiert und die Präsidentschaft ist auch fast zwei Wochen nach der Abstimmung aufgrund des äußerst knappen Resultats in Florida noch nicht entschieden. Dieser Artikel stellt einige Besonderheiten des US-Wahlsystems dar, zeichnet den Wahlkampf nach, analysiert die Ergebnisse der Abstimmung und fragt nach den Chancen für eine Reform des Wahlverfahrens.

1. Einige Besonderheiten des amerikanischen Wahlsystems

1.1 Der Wahltag und die Abstimmung

Seit 1845 wählen die Amerikaner – seit 1920 auch Frauen und seit den 1960er Jahren in den Südstaaten auch Schwarze – am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November in allen Jahren, die durch vier teilbar sind, diesmal am 7.11.2000. Warum im frühen November? Die USA waren damals noch eine Agrargesellschaft. Der November war deshalb für die meisten Farmer und ihre Arbeiter der beste Monat, um an die Wahlurnen zu gehen: die Ernte war eingebracht und das Wetter in den meisten Landesteilen noch mild, so dass man auf den unbefestigten Wegen problemlos zum Wahllokal reisen konnte. Warum Dienstag? Bei der dünnen Besiedelung war das nächste Wahllokal oft so weit entfernt, dass die Anreise mehr als einen Tag dauerte. Da der Sonntag aber für den Gottesdienst reserviert war, konnten die Wähler erst Montag früh zur Abstimmung aufbrechen. Warum der erste Dienstag nach dem ersten Montag? Aus zwei Gründen:

Erstens ist der 1. November für die Katholiken Allerheiligen und deshalb für die Anreise ungeeignet. Und zweitens machten die meisten Händler und Kaufleute am Monatsersten ihren Abschluss für Oktober und im Kongress befürchtete man, der kurzfristige finanzielle Erfolg oder Misserfolg im Vormonat würde das Wahlverhalten ungebührlich beeinflussen.¹

Die Amerikaner wählen, entgegen unseren deutschen Erfahrungen, nur selten durch Ankreuzen ihres Kandidaten auf Wahlzetteln. Bei den Wahlen 1996 stimmten 37,3 Prozent mit Lochkarten (punchcards) ab. Dazu lochen die Wähler ihren Wahlzettel vor oder nach dem von ihnen präferierten Kandidaten und werfen den Zettel dann in die Urne. 20,7 Prozent der Wähler benutzten mechanische Hebelsysteme. Sie stellen dazu die einzelnen Hebel wie bei einer alten Registrierkasse auf die von ihnen gewünschten Kandidaten ein. Beim Verlassen der Wahlkabine wird ein mechanischer Impuls ausgelöst, der die Stimmabgabe registriert und die Maschine wieder auf „Null“ stellt. 7,7 Prozent der Amerikaner wählten mit der elektronischen Version des Hebelsystems, bei der die Stimmabgabe über Knöpfe oder durch Berühren eines Bildschirms erfolgt. Auch die Abstimmung per Internet gewinnt an Zulauf. So hat die Demokratische Partei Arizonas ihre Vorwahlen im Frühjahr 2000 ausschließlich per Internet durchgeführt, was die Beteiligung um 600 Prozent erhöhte.²

Wahlzettel wie in Deutschland, auf denen man seine Kandidaten ankreuzen oder anstreichen kann, findet man in den USA heute nur noch in landwirtschaftlich geprägten Gegenden und bei der Briefwahl.³ Allerdings hat der Anteil der Briefwahl bei den letzten Wahlen stark zugenommen. In Oregon ist die gesamte Wahl im November 2000 per Briefwahl durchgeführt worden, da man sich davon eine Erhöhung der Wahlbeteiligung versprach und den Wählern Zeit geben wollte, um die vielen Kandidaten und Sachfragen zu entscheiden. Im Staat Washington wählte jeder Zweite per Brief, in Kalifornien jeder Dritte.⁴ Dabei setzt die Wahlleitung jedes einzelnen Landkreises (county) Abstimmungsart, Anordnung der Namen auf dem Wahlzettel und Auszählungsmodalitäten fest. Ausgezählt wird in der Regel auch nicht per Hand im einzelnen Wahllokal, sondern maschinell an einem zentralen Ort. Da auf den Wahlzetteln in der Regel eine ganze Reihe von Personal- (Präsident, Senator, Abgeordneter, Gouverneur, Senator und Abgeordneter im Bundesstaat) und Sachentscheidungen zu treffen sind, wäre eine Auszählung per Hand langwierig und ungenau.

1.2. Die Registrierung und Wahlbeteiligung

Ebenso überraschend für Europäer ist, dass man in den USA eigens für die Wahlen registriert werden muss. Dies kann entweder bei den Beamten im Landkreis erfolgen, bei der Ausstellung des Führerscheins (der in den USA alle drei Jahre erneuert werden muss), in Postämtern, Bibliotheken, Universitäten, Arbeitsämtern oder bei einem der vielen Stände, an denen vor Wahlen die nötigen Unterlagen ausgehändigt werden. In der Regel hat man sich zwei bis vier Wochen vor den Wahlen registrieren zu lassen, um abstimmungsberechtigt zu sein. Obwohl die Registrierung also leicht ist, wird das Prozedere doch immer als ein Grund für die niedrige Wahlbeteiligung in den USA angeführt. Auf Bundesebene liegt sie in Präsidentschaftswahljahren zwischen 50 und 55 Prozent. Allerdings muss man berücksichtigen, dass die Beteiligung in den USA anders berechnet wird als in Europa. In den Vereinigten Staaten wird die Wahlbeteiligung zwar auch als Anteil der Wähler an den Personen im Wahlalter (voting age population) ausgewiesen. Aber das Amt für Statistik setzt aus Gewohnheit letztere mit den in den USA

Sesshaften über 18 Jahren gleich. Dies bedeutet, dass Inhaber der Greencard, die eine Aufenthaltsgenehmigung in den Vereinigten Staaten haben, aber keine US-Bürger sind, ebenso in die Berechnungsgrundlage eingehen wie die Insassen von Nervenkliniken oder einsitzende bzw. auf Bewährung befindliche Verbrecher, die in den meisten Bundesstaaten kein Stimmrecht haben. Vor allem durch die Immigrationswellen der achtziger und neunziger Jahre ist die Zahl der Nicht-Stimmberechtigten aber massiv angewachsen. Die Berechnungsmethode unterzeichnet also die Wahlbeteiligung in den USA. Würde man sie korrekt berechnen, so läge sie gut 4 Prozent höher. Damit entfällt natürlich auch die statistische Basis für die Klagen über die angeblich seit Jahrzehnten fallende Wahlbeteiligung in den Vereinigten Staaten. Seit 1972 sind die Zahlen relativ stabil,⁵ dieses Jahr betrug sie 52 Prozent. Auch ist zu berücksichtigen, dass in den USA sehr viel mehr gewählt wird als in Europa (vom Sheriff über den Staatsanwalt bis zum Richter) und Volksabstimmungen in den Einzelstaaten immer populärer werden. Im November 2000 kam es zu 204 Bürgerentscheiden in 42 Staaten.⁶ Generell ist die Wahlbeteiligung auf Bundesebene aber in Demokratien mit einer starken plebiszitären Komponente (z.B. Schweiz mit gut 40 Prozent Wahlbeteiligung auf Bundesebene) deutlich niedriger als in rein repräsentativen Demokratien.

1.3. Die Vorwahlen

Eine weitere Besonderheit sind die Vorwahlen, in denen die Kandidaten der Parteien bestimmt werden. Sie sind eine Erfindung des frühen 20. Jahrhunderts. Zahlreiche Korruptionsaffären mündeten in eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System und die Forderung von größerer Mitsprache der Bürger bei der Selektion der Kandidaten, die bis dahin in der Hand der Parteibosse lag. Die ersten gesetzlich verpflichtenden Vorwahlen fanden 1903 in Wisconsin statt, schon 1917 war dieses Verfahren in einer Mehrheit der Bundesstaaten verankert. Einen erneuten Aufschwung erhielten Vorwahlen Mitte der siebziger Jahre, als die Amerikaner nach dem Vietnam-Krieg und der Watergate-Affäre mehr Offenheit im System verlangten. Heute führen 47 der 50 Bundesstaaten Vorwahlen durch, 24 im geschlossenen, 23 im offenen Verfahren. Bei den „closed primaries“ dürfen nur jene Wahlberechtigten über den Kandidaten einer Partei abstimmen, die sich im voraus als Anhänger dieser Partei registrieren lassen. Bei den „open primaries“, die in immer mehr Bundesstaaten eingeführt werden, entscheidet der Wahlberechtigte erst in der Kabine, ob er an der Vorwahl der Demokraten oder der Vorwahl der Republikaner teilnehmen möchte. Entgegen einem weitverbreiteten Missverständnis darf jeder Wähler nur an der Vorwahl *einer* Partei teilnehmen. Der Mobilisierungsgrad der Wähler schwankt bei den Vorwahlen für Kongressabgeordnete zwischen 20 und 30 Prozent, wobei die Beteiligung beim offenen Typ höher ist als beim geschlossenen. Die Voraussetzungen zur Kandidatur sind zwar von Bundesstaat zu Bundesstaat sehr unterschiedlich, in der Regel sind die Hürden aber niedrig. In drei Bundesstaaten gibt es noch den sogenannten „Caucus“, wo sich Parteianhänger an öffentlichen oder privaten Orten zusammenfinden, über die Vor- und Nachteile der Kandidaten diskutieren und abstimmen. Der berühmteste Caucus ist der von Iowa, weil er am Beginn der Vorwahlsaison steht. Daran nehmen etwa vier Prozent der Bevölkerung teil.⁷

In den USA sind also sehr viel mehr Bürger an der Rekrutierung des politischen Spitzenpersonals beteiligt als in der Bundesrepublik, wo in der Regel weniger als ein Prozent der Bürger entscheiden, wer bei den Wahlen antreten soll. Vorwahlen erhöhen also die Partizipation und vitalisieren Wahlkämpfe. Vorwahlen haben aber neben den

beabsichtigten auch unbeabsichtigte Wirkungen. So zeigt die amerikanische Erfahrung, dass die Vorwahlen zwar durchaus in der Lage sind, die Abhängigkeit der Wähler von Parlaments- und Parteientscheidungen zu verringern. Gleichzeitig laden sie aber organisierte Sonderinteressen oder vermögende Individuen geradezu ein, sich ihrer zu bemächtigen.

1.4. Das Wahlmännerkolleg

Ungewöhnlich ist für uns Europäer auch das Wahlmännerkolleg (electoral college).⁸ Es geht zurück auf einen mühsam gefundenen Kompromiss der Verfassungsväter: So war ihr Vertrauen in das Volk zu gering, als dass sie sich zu einer reinen Volkswahl (popular vote) durchringen hätten können. Zudem befürchteten die bevölkerungsarmen Sklavenhalterstaaten des Südens, von den sklavenfreien Staaten des Nordens majorisiert zu werden, wenn die Wahl rein nach dem Mehrheitsprinzip bei den abgegebenen Stimmen abgehalten würde. Man einigte sich deshalb darauf, ein formal unabhängiges Wahlmännergremium einzurichten, das die bevölkerungsarmen Staaten dadurch begünstigte, dass jeder Staat von Vorneherein zwei Elektoren zugeteilt bekam (analog den zwei Senatoren) und die übrigen der Sitzzahl des Einzelstaates im Repräsentantenhaus entsprachen. Dieses System besteht bis heute fast unverändert fort. In der politischen Praxis war es aber bald so, dass die Parteien stärker wurden und nur Wahlmänner aufstellten, die sich auf ihren Kandidaten verpflichteten und nicht mehr frei zwischen mehreren Bewerbern wählten. Seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts werden die Elektoren direkt vom Volk gewählt. Bis auf Maine und Nebraska vergeben die Staaten dabei alle ihre Wahlmänner an den Kandidaten mit den meisten Stimmen (Winner takes all). Am ersten Montag nach dem zweiten Mittwoch im Dezember, diesmal am 18.12., treffen die Elektoren in der Hauptstadt des Einzelstaates zusammen, geben ihre Stimmen ab und schicken das Ergebnis versiegelt nach Washington. Dabei ist es in den letzten 100 Jahren sieben Mal vorgekommen, dass ein Elektor nicht für den Kandidaten stimmte, auf den er verpflichtet war, bisher allerdings ohne politische oder rechtliche Folgen.⁹ Anfang Januar verliest der Präsident des Senats vor einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses die Ergebnisse. Wer die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht (heute 270 von 538), wird Präsident der USA und am 20. Januar (seit 1934) ins Amt eingeführt. Erreicht kein Kandidat die erforderliche Stimmenzahl, fällt die Wahl des Präsidenten dem Repräsentantenhaus zu, wobei jeder Staat eine Stimme hat, die des Vizepräsidenten dem Senat, wobei jeder Senator eine Stimme hat. Durch das „Winner takes all“-Prinzip kann es freilich auch passieren, dass ein Kandidat die Mehrheit der Wahlmänner erhält, aber nicht die meisten Stimmen. Dies war 1824, 1876 und 1888 der Fall. Auch diesmal könnte er eintreten, sollte Bush 43. Präsident der USA werden.

1.5. Die Wahlkampffinanzierung

Da die Kommunikation zwischen Kandidat und Wähler in den USA vor allem in Form von teurer Radio- und Fernsehwerbung geschieht, ist eine gute Finanzbasis Voraussetzung für eine erfolgreiche Kandidatur. Da nur wenige Bundesstaaten in bescheidenem Umfang dafür öffentliche Mittel zur Verfügung stellen, müssen sich die Kandidaten die Gelder selbst besorgen. In diese Lücke stoßen die „Political Action Committees“ (PACs), die als verlängerter Arm von Interessengruppen Spenden sammeln und zuweisen. Fast alle dieser PACs überwachen genau das Abstimmungsverhalten der Abgeord-

neten bzw. die Aussagen neuer Kandidaten und verteilen ihre Zuwendungen entsprechend. Vor allem finanzstarke Verbände gewinnen so einen überproportionalen Einfluss auf die Politik. Eine weitere Möglichkeit der Wahlkampffinanzierung sind eigene Mittel. Ein Spruch des Supreme Court von 1975 stellt unter Hinweis auf das garantierte Verfassungsprinzip der Redefreiheit (freedom of speech) jedem Kandidaten anheim, so viel aus seinem Privatvermögen für seinen Wahlkampf einzusetzen, wie er oder sie möchte. Insgesamt kostete der Wahlkampf für das Präsidentenamt und den Kongress diesmal 3 Milliarden Dollar und damit 50 Prozent mehr als der bis dato teuerste Wahlkampf 1996. Mit mehr als 100 Mio. Dollar allein im Vorwahlkampf setzte George W. Bush dabei einen neuen Rekord im Spendensammeln. Der ehemalige Wall Street-Banker und Demokrat Jon Corzine führte den teuersten Senatswahlkampf aller Zeiten: Für seinen Sieg in New Jersey gab er 57 Mio. Dollar seines Privatvermögens aus und damit mehr als Ross Perot für seinen Präsidentschaftswahlkampf 1992. Die Gründe für die Ausgabenexplosion waren: Diesmal stand nicht nur die Präsidentschaft, sondern auch die Herrschaft in beiden Kongresskammern auf des Messers Schneide und Amerika befindet sich in einer Zeit beispielloser Prosperität, in der bei den Spendern das Geld locker sitzt.¹⁰

2. Die Vorwahlen für die Präsidentschaft 2000

Um ihre Bedeutung zu erhöhen, haben viele Staaten ihre Vorwahlen früher als sonst angesetzt. Während etwa 1976 erst Anfang Juni zwei Drittel der Delegierten bestimmt waren, wurde diese Marke im Jahr 2000 bereits am 7. März erreicht, als die Demokraten an einem Tag 15, die Republikaner 13 Vorwahlen abhielten. Die Kandidaten mussten sich also noch früher als sonst um Finanzierung und Wahlkampfführung kümmern.¹¹

Auf Seite der Demokraten war Al Gore Favorit. Während seiner acht Jahre als Vizepräsident hatte er sich die Unterstützung des Parteiestablishments gesichert und seine Wahlkampfkassen rechtzeitig gefüllt. Sein einziger Herausforderer, der ehemalige Senator Bill Bradley, vermochte zwar mit einer dezidiert linken Agenda einige Achtungserfolge zu erzielen, aber er konnte Gore letztlich nicht gefährden. Auch bei den Republikanern siegte der Kandidat des Parteiestablishments, obwohl er gegen ein Handvoll Konkurrenten anzutreten hatte: der texanische Gouverneur Bush, ältester Sohn des 41. Präsidenten. Während die konservativen Kandidaten – u.a. der Milliardär Forbes, der christliche Fundamentalist Bauer, der schwarze Radiotalkmaster Keyes und der Kolumnist Buchanan – kläglich scheiterten, erwuchs Bush in dem unkonventionellen Senator John McCain ein ernster Rivale. Nur der Unterstützung des Parteiestablishments, vor allem seiner republikanischen Gouverneurskollegen, und seiner prall gefüllten Wahlkampfkasse hatte es Bush zu verdanken, dass er McCain bezwang. Die Grünen nominierten den Verbraucherschutzanwalt Ralph Nader, die von Ross Perot gegründete Reformpartei nach einem innerparteilichen Machtkampf den aus der Republikanischen Partei ausgeschiedenen Buchanan.

Die Parteitage (conventions), auf denen Gore und Bush offiziell gekürt wurden, waren bis ins Detail inszenierte Medienveranstaltungen, die vor allem die in Meinungsumfragen ermittelten Schwachpunkte der Kandidaten und ihrer Parteien überdecken sollten. Den Anfang machte dabei traditionell die Partei, die nicht den Amtsinhaber stellte. Anfang August versuchten Bush und seine Berater in Philadelphia, auf ihrer

Convention die Republikanische Partei mit dem Schlagwort des „mitfühlenden Konservatismus“ (compassionate conservatism) wieder für die Wähler der Mitte zu öffnen, die ihnen Bill Clinton 1992 und 1996 abspenstig gemacht hatte. Außerdem wollte Bush durch den Aufmarsch angesehener Republikaner wie dem ehemaligen Generalstabschef Colin Powell und durch die Wahl des ehemaligen Verteidigungsministers Dick Cheney zum Vizepräsidentenskandidaten (running mate) das Argument entkräften, er verfüge nicht über genügend Erfahrung für das Präsidentenamt. Zwei Wochen später ging es Gore beim Parteitag der Demokraten in Los Angeles vor allem darum, sich aus dem Schatten von Bill Clinton zu lösen und dem Vorwurf zu begegnen, er sei ein detailbesessener Karrierepolitiker ohne Charisma. Er tat dies, indem er mit Senator Joe Lieberman den schärfsten Demokratischen Kritiker Clintons im Kongress während der Lewinsky-Affäre zu seinem Vizepräsidentenskandidaten bestimmte und sich als Kämpfer der einfachen Leute gegen die Mächtigen (the people against the powerful) zu positionieren suchte.

3. Gore oder Bush? Der Präsidentschaftswahlkampf

3.1 Strategien und Inhalte

In den Umfragen des Sommers lag Bush seit seinem Sieg bei den Vorwahlen immer deutlich vor Gore. Allerdings waren diese Erhebungen wegen des hohen Prozentsatzes von Unentschlossenen wenig aussagekräftig. Die ersten verlässlichen Umfragen Anfang September nach den beiden Parteitagen zeigten einen leichten Vorsprung für Gore. Nach den drei Präsidentschaftsdebatten im Fernsehen am 3., 10. und 17. Oktober, die jeweils zwischen 30 und 50 Mio. Zuschauer verfolgten, lag jedoch Bush wieder knapp in Führung. Zwar hatte Gore in ihren Augen überlegenes Detailwissen demonstriert, aber Bush fanden sie sympathischer und weniger verbissen. Bis zum Wahltag wiesen die nationalen „polls“ bei leichten Vorteilen für Bush einen statistischen Gleichstand aus. Auch Prognosen über die Wahlmänner-Verteilung gaben bis zum 7. November keinen klaren Aufschluss über die Siegchancen der Kandidaten. Im Gegensatz zu früheren Abstimmungen erhöhte sich zum Ende des Wahlkampfs sogar noch die Zahl der umkämpften Staaten (battleground states). Wegen des „Winner takes all“-Prinzips konzentrierten sich die Kandidaten eben auf diese Battleground-States. So kam Gore in den letzten drei Wahlkampfmonaten nur einmal nach Kalifornien, weil ihm die Umfragen dort einen leichten Sieg verhiessen.

Inhaltlich war der Wahlkampf von der außergewöhnlichen Wohlstands- und Friedensperiode geprägt, in der sich die USA befinden. Vollbeschäftigung, hohe Wachstumsraten, niedrige Inflation und starke Lohnzuwächse für alle Beschäftigtengruppen kennzeichnen die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre. Dazu kamen steigende Haushaltsüberschüsse, allein im Fiskaljahr 1999/2000 von über 180 Mrd. Dollar. Für die beiden Kandidaten stellte sich also die Frage, wie mit den prognostizierten gigantischen Überschüssen von mehreren Billionen Dollar in den nächsten 10 bis 15 Jahren umzugehen sei. Während Bush große Steuersenkungen für alle Einkommensgruppen versprach, setzte sich Gore für zielgerichtete Abschreibungsmöglichkeiten etwa zur Erhöhung der Sparquote oder zur Förderung von alternativen Energien ein. Beide wollen die gesamte Staatsschuld der Vereinigten Staaten zurückzahlen – Gore bis 2012, Bush bis 2016 – und das Land damit zum ersten Mal seit 1835 schuldenfrei machen.¹² Zum wichtigsten Thema avancierte aber die Frage, wie die Rentenversicherung dauerhaft sa-

niert werden kann. Gore sprach sich dafür aus, das umlagenfinanzierte System unverändert beizubehalten und den Staatszuschuss zu erhöhen, Bush schlug vor, eine private Zusatzversicherung verpflichtend einzuführen.

Obwohl die Kompetenzen des Bundes im Erziehungsbereich äußerst gering sind, wurde „education“ für beide Kandidaten zu einem zentralen Wahlkampfthema. Gore, traditionell unterstützt von der Lehrgewerkschaft, versprach zusätzliche Bundesgelder für öffentliche Schulen. Bush, dessen Partei sich noch vor wenigen Jahren für eine Abschaffung des Bundesministeriums für Erziehung eingesetzt hatte, versuchte seinen Ansatz des „mitfühlenden Konservatismus“ dadurch zu konkretisieren, dass er mehr über „education“ sprach als jeder andere Republikanische Präsidentschaftskandidat seit dem 2. Weltkrieg. Er schlug vor, Eltern mit Kindern in schlechten öffentlichen Schulen Gutscheine (vouchers) zu geben, damit sie sie an bessere Privatschulen schicken können.

Die Außenpolitik spielt für die Entscheidung der Wähler zwar keine wichtige Rolle, aber jeder Kandidat hat seine Reife für das Amt nachzuweisen, indem er einige Grundsätze dazu entwickelt. Bush sprach sich dabei für die möglichst rasche Errichtung eines nationalen Raketenabwehrsystems aus und kritisierte die Regierung für ihre angeblich überzogene Bereitschaft, amerikanische Truppen im Ausland zu stationieren. Gore verteidigte diese Politik und zeigte sich weiterhin willig, die US-Streitkräfte für humanitäre Interventionen einzusetzen.¹³ Insgesamt vertraute Gore bei seinen sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepten stärker auf Staatsinterventionen als Bush, für den Marktmechanismen und die individuelle Entscheidung der Bürger im Mittelpunkt stehen. Zieht man die Wahlkampfrhetorik ab, so sind beide Kandidaten Vertreter des moderaten Flügels ihrer Parteien. Insofern dürften sich ihre konkreten Politiken im Falle der Wahl nicht sehr stark unterscheiden.

3.2 Das Wahlergebnis

Die Präsidentschaftswahlen 2000 brachten das knappste Resultat beim Stimmenverhältnis in der amerikanischen Geschichte. Obwohl das amtliche Endergebnis noch nicht vorliegt, zeigt sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Kandidaten. Auf Gore entfielen 48.842.411 Stimmen und 267 Wahlmänner aus 20 Staaten, auf Bush 48.609.516 Stimmen und 246 Wahlmänner aus 29 Staaten. Zwar sind auch die Ergebnisse in Wisconsin, New Mexiko, Oregon und Iowa umstritten, entscheidend ist aber der Ausgang in Florida mit seinen 25 Wahlmännerstimmen. Die Fernsehstationen lösten am Wahlabend eine heillose Verwirrung aus, weil sie die Konkurrenzstationen mit einer möglichst frühen Bekanntgabe des Ergebnisses übertrumpfen wollten. So wurde Florida von CNN aufgrund von Umfragen und Hochrechnungen erst für Gore, dann als unentschieden, dann für Bush, dann wieder als unentschieden gemeldet. Gore, der Bush bereits zum Wahlsieg gratuliert hatte, zog dies wenig später wieder zurück. Die Auszählung sah dann bei 6 Mio. abgegebenen Stimmen im ersten Durchgang eine Mehrheit von 1784 Stimmen für Bush, im zweiten Durchgang von 300. Nach Eingang der letzten Auslands-Stimmzettel lag Bush mit 950 Stimmen vorn. Das entspricht einem Unterschied bei der Gesamtstimmeverteilung von 0,016 Prozent. Es verwundert nicht, dass angesichts dieses präzedenzlosen knappen Ergebnisses, veralteter Zählmaschinen und eines verwirrend gestalteten Wahlzettels in Palm Beach County das Gore-Camp versucht, durch Neuauszählung per Hand das Blatt zu seinen Gunsten zu wenden. Der juristische Streit dreht sich letztlich um die Frage, ob diese Art der Neuauszählung in ein-

zelenen, von Demokratischen Mehrheiten geprägten Landkreisen zulässig ist, da eine Hand-Auszählung in der Regel den Führenden, in diesem Fall also Gore, begünstigt. Das Gore-Lager argumentiert, die Auszählung per Hand sei präziser, das Bush-Lager, damit sei der Willkür Tür und Tor geöffnet. Erst die Entscheidung in Florida wird Aufschluss darüber geben, wer der 43. Präsident der USA ist.

Die soziale Zusammensetzung der jeweiligen Wählerschaft zeigt ebenfalls kaum Konturen. Gore und Bush erhielten bei Wählern mit mittleren (50:46) und höheren Einkommen (47:50) und Hauptschulabsolventen (48:48) in etwa gleich viele Stimmen. Bei den 18-29-jährigen und den Rentnern lag Gore, bei den 29-60-jährigen Bush leicht vorn. Gore schnitt bei Frauen (54:42) und Latinos (65:35) besser ab als Bush, aber im Vergleich zu 1996 verbesserte Bush das Ergebnis des Republikanischen Kandidaten bei beiden Gruppen. Weit überproportional gewann Gore bei Gewerkschaftsmitgliedern, Lehrern und den Schwarzen.¹⁴ Die wichtigste Frage aber ist, warum der Vizepräsident die Wahl nicht mühelos gewann. Alle sieben im August 2000 auf der Jahreskonferenz der amerikanischen Politologenvereinigung vorgelegten Modelle prognostizierten einen Sieg Gores mit durchschnittlich 55 Prozent der Stimmen. In der Tat hätte die boomende Wirtschaft die Wahl des Demokratischen Bewerbers garantieren müssen. Um sich jedoch von Clinton zu distanzieren, nahm Gore selten auf dessen Amtszeit Bezug und konnte sich so kaum als mitverantwortlich für den ökonomischen Aufschwung darstellen. Vielmehr versuchte er, sich als traditioneller Demokrat links von Clinton zu positionieren. Dies erlaubte es Bush, in die politische Mitte zu rücken und dort Wähler zu gewinnen. Gleichzeitig kostete Naders Kandidatur Gore Stimmen am linken Rand des politischen Spektrums.

Die Wähler erteilten keinem Kandidaten ein politisches Mandat für Veränderungen. Stagnation (gridlock) dürfte auch deshalb in den nächsten vier Jahren dominieren, weil sich die im Kampf um die Präsidentschaft unterlegene Partei wegen der verwirrenden Stimmenauszählung in Florida betrogen fühlen wird. Wer auch immer ins Weiße Haus einzieht, muss einen Großteil seiner politischen Energie deshalb erst einmal darauf verwenden, die Gräben zuzuschütten, die nicht so sehr im Wahlkampf vor dem 7. November, sondern im Wahlkampf nach dem 7. November aufgerissen worden sind.

4. Reformvorschläge

Angesichts der außergewöhnlichen Umstände der Präsidentschaftswahl wurden Stimmen nach einer Abschaffung des Wahlmannersystems und einem Übergang zu einer reinen Volkswahl laut. Dies scheint aber wenig wahrscheinlich. Nicht nur kommt der Verfassung fast sakrale Bedeutung zu, sondern für eine Änderung ist auch die Zustimmung von zwei Dritteln der beiden Häuser des Kongresses und von drei Vierteln der Einzelstaaten erforderlich. Die kleinen Staaten dürften aber einer solchen Schritt nicht zustimmen.

Realistischer scheinen deshalb zwei Reformen. Zum ersten könnten die Einzelstaaten ihre Wahlmänner nicht mehr nach dem „Winner takes all“-Prinzip vergeben, sondern proportional nach von den Kandidaten errungenen Stimmen. Das würde nicht nur Fälle wie jenen in Florida verhindern, wo ein paar hundert Stimmen ausschlaggebend dafür sind, wer den Staat mit allen seinen 25 Elektoren und damit die Präsidentschaft gewinnt, sondern auch eine Situation sehr unwahrscheinlich machen, wo Stimmenmehrheit und Wahlmännermehrheit auseinanderfallen. Zudem dürften viele Staaten, in

denen ein Kandidat frühzeitig haushoch führte und die beide Bewerber im restlichen Wahlkampf deshalb ignorierten (z.B. Texas, New York), ein Interesse daran haben, wieder mehr Aufmerksamkeit zu erhalten. Die politischen Hindernisse scheinen hier leichter überwindbar als bei einer Verfassungsänderung, weil die Entscheidung bei den Einzelstaaten liegt und mit Nebraska und Maine zwei Präzedenzfälle existieren. Zum zweiten müssten die Abstimmungsverfahren modernisiert und nationale Mindeststandards eingeführt werden. Der extreme Föderalismus, der den Landkreisen die Entscheidung über die Wahlprozedur überträgt, kann bei sehr knappen Wahlen zu umstrittenen Ergebnissen führen. Hebelsysteme, die nicht mehr hergestellt werden, Wahlzettel, die unübersichtlich gestaltet sind, Lochkarten, bei denen Maschine und Mensch unterschiedlich auszählen, sind der ältesten Demokratie der Erde nicht angemessen. Aktuelle Informationen gibt es unter folgenden Internet-Adressen: www.fec.gov www.2000vote.com www.politicalusa.com/election.htm www.usinfo.state.gov/topical/rights/elect2000 www.us-botschaft.de/elections2000

Anmerkungen

- 1 Vgl. http://govote.speakout.com/resources/registration_faq.asp (9.7.2000).
- 2 Vgl. Hiawatha Bray: Putting a High-Tech Spin on Voting; *International Herald Tribune* (IHT), 16.11.2000, 18.
- 3 Vgl. <http://www.fec.gov/pages/dre.htm> (9.7.2000)
- 4 Vgl. Samuel Popkin/Michael McDonald: Turnout's Not as Bad as You Think; in: *Washington Post* (WP), 5.11.2000, B1
- 5 Vgl. Samuel Popkin/Michael McDonald: Turnout's Not as Bad as You Think; in: WP, 5.11.2000, B1.
- 6 Vgl. Pot and Vouchers; in: *The Economist*, 11.11.2000, 77.
- 7 Vgl. David Von Drehle: The Iowa Caucus: A Vanishing Tradition Comes Around Again; in: IHT, 24.1.2000, 8.
- 8 Siehe dazu vor allem Jürg Steiner: Elektoren und Amerikas Präsidentenwahlen; in: *Neue Zürcher Zeitung/Int. Ausgabe* (NZZ), 14.11.2000, 5.
- 9 Vgl. Charles Lane: A Matter of Faith: Very Little in Law Binds the Electoral College; in: IHT, 10.11.2000, 7.
- 10 Vgl. Ruth Marcus: Costliest Race in U.S. History Nears End; in: WP, 6.11.2000, A01; und Ralph Siegel: Corzine, Franks Win in N.J.; AP, 7.6.2000.
- 11 Vgl. „The incredible shrinking primaries“; in: *The Economist*, 8.1.2000, 45f.
- 12 Vgl. Eric Pianin: Candidates Rely on Same Budget Forecast; in: WP, 23.10.2000, A12.
- 13 Vgl. David E. Sanger: Foreign Policy: Gore and Bush Split on U.S. Role; IHT, 31.10.2000, 1/10.
- 14 Vgl. And still no Winner; in: *The Economist*, 11.11.2000, 69f.

